

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Ist die Thüringer Justiz noch leistungsfähig? - Bestandsaufnahme und Perspektiven der Justiz und des Justizvollzugs in Thüringen

Unsere staatliche Ordnung basiert auf der Stärke und der Unabhängigkeit des Rechts. Diese Stärke erfordert einen funktionierenden Rechtsstaat mit einer durchsetzungsstarken Justiz. Doch dafür braucht es hoch qualifiziertes und hoch motiviertes Personal, eine solide und moderne technische Ausstattung sowie Wertschätzung und Respekt für die Arbeit der Justiz und des Justizvollzugs.

Die Justiz in Thüringen steht vor riesigen Herausforderungen: Pensionierungswelle, schleppende Stellennachbesetzung, lange Verfahrensdauer und überlastete Justizstrukturen. Bis zum Jahr 2028 wird in Thüringen knapp die Hälfte der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Ruhestand treten. Dieses Problem betrifft nicht nur Thüringen allein. In den neuen Bundesländern verlassen insgesamt etwa zwei Drittel aller Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die Justiz. Gleichzeitig setzt auch in den alten Bundesländern eine hohe Pensionierungswelle ein. Damit die Thüringer Justiz im immer härter werdenden Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Köpfe mithalten kann, bedarf es konkurrenzfähiger Gehaltsstrukturen, moderner Arbeitsbedingungen und angemessener Neueinstellungen.

Daneben ist die Justiz einem stetigen Wandel unterworfen. Nicht nur die der Justiz immanente Weiterentwicklung des Rechts, die für die Bediensteten regelmäßig mit einem umzusetzenden Mehraufwand verbunden ist, sondern auch technische Neuerungen fordern Personal Administration, Flexibilität und Innovationsvermögen ab. Die Einführung der elektronischen Akte (E-Akte) muss bis Ende des Jahres 2025 abgeschlossen sein. Dafür braucht es eine entsprechende technische und organisatorische Infrastruktur an allen Gerichtsstandorten, aber auch die Akzeptanz der Anwender.

Nicht zuletzt der Justizvollzug sieht sich mit gestiegenen Herausforderungen und einer erhöhten Gewaltbereitschaft der Gefangenen im Strafvollzug konfrontiert. Um Trends und Muster erkennen zu können, wird die Situation im Justizvollzug deshalb detailliert abgefragt.

Dabei knüpft diese Große Anfrage nahtlos an den Zeitraum der letzten Großen Anfrage aus dem Jahr 2019 (Große Anfrage der Fraktion der CDU [Drucksache 6/7021] - Justiz und Justizvollzug in Thüringen) an.

Vorbemerkungen:

Soweit keine anderen Zeiträume erfragt werden, wird um Informationen für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2023 gebeten. Die Daten sollen nach Jahren, Gerichten (in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit auch nach Straf-, Zivil- und Freiwilliger Gerichtsbarkeit), Staatsanwaltschaften beziehungsweise Justizvollzugsanstalten tabellarisch aufgeschlüsselt mitgeteilt werden. Soweit nach Personal gefragt wird, wird jeweils eine Untergliederung in Stellen, Anzahl der Bediensteten und Arbeitszeitanteilen erbeten.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Gerichte und Staatsanwaltschaften

a) Personalsituation und -entwicklung

1. Wie hat sich die Zahl der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Interesses in der Rechtspflege in Thüringen seit dem Jahr 2019 entwickelt?
2. Wie hat sich der Personalbestand bei den Thüringer Gerichten der Ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch nach Richter auf Lebenszeit, auf Zeit, auf Probe oder kraft Auftrags, nach richterlichem beziehungsweise staatsanwaltschaftlichem Dienst, nach höherem nichtrichterlichem Dienst, gehobenem Dienst, Gerichtsvollziehern, Justizvollzugsbeamten, mittlerem Dienst und Schreibdienst, Beschäftigten und Beamten, Geschlecht und im Unterschied zu anderen Bundesländern unterteilen)?
3. Wie viele Spruchkörper waren und sind jeweils bei welchem Gericht eingerichtet?
4. Wie hat sich das Verhältnis von Mitarbeitern im mittleren Dienst zu Spruchkörpern im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch Schreibdienst gesondert ausweisen)?
5. Wie viele Mitarbeiter werden in den kommenden 15 Jahren in den Ruhestand gehen (bitte wie unter Frage 2 aufschlüsseln)?
6. Durch welche Maßnahmen und auf welcher Grundlage bereitet die Landesregierung die Thüringer Justiz auf die zukünftig anstehenden hohen Eintritte in den Altersruhestand vor?
7. Wie gestaltete sich die Bildung einer Einstellungsreserve in der Thüringer Justiz in den vergangenen vier Jahren (bitte getrennt nach Laufbahnen und Gerichten aufgliedern)?
8. An welchen Dienststellen wird das Personal eingesetzt, das als Reserve bereits eingestellt wurde (bitte nach Dienststellen, Einstellungsjahr und Laufbahn unterteilen)?
9. In welchem Umfang erachtet die Landesregierung die Bildung einer Einstellungsreserve weiterhin als notwendig und angemessen und in welchen Dienststellen sollen be-

ziehungsweise sollten die insoweit beschäftigten Bediensteten eingesetzt werden?

10. Welche anderen Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die bis zum Jahr 2030 in den Ruhestand gehenden Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu ersetzen beziehungsweise welche Maßnahmen sehen die entsprechenden Planungen auch vor dem Hintergrund der bundesweit hohen Pensionierungsquote während der kommenden Jahre vor?
11. Durch welche Maßnahmen sichert die Landesregierung die langfristige Finanzierung der im Rahmen des Pakts für den Rechtsstaat neu geschaffenen Stellen ab?
12. An welchen Dienststellen sollen die zusätzlichen Stellen wann geschaffen werden?
13. Welcher Personalbedarf hat im Anfragezeitraum bestanden?
14. Plant die Landesregierung eine eigene Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat und wie begründet die Landesregierung ihre Antwort?
15. Welcher Personalbedarf in Stellen wird in den kommenden 15 Jahren auf welcher Grundlage prognostiziert (bitte auch nach Standorten aufschlüsseln)?
16. Wie viel Personal war in den vergangenen vier Jahren an welche Dienststelle und für welchen Zeitraum (teil-)abgeordnet (bitte nach der jeweiligen abgebenden und aufnehmenden Behörde unter Angabe der Anzahl der abgeordneten und gesamten Mitarbeiter im richterlichen und im staatsanwaltschaftlichen Dienst der jeweiligen Behörden aufschlüsseln)?
17. Wie viele Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Freistaats Thüringen wurden in den vergangenen vier Jahren aus welchen Gründen wohin versetzt (bitte nach der jeweiligen abgebenden und aufnehmenden Behörde aufschlüsseln)?
18. Welche Spruchkörper sind nicht planmäßig besetzt?
19. Welche rechtlichen und tatsächlichen Folgen können nicht planmäßig besetzte Spruchkörper haben? Wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?
20. Werden Versetzungen mehrjährigen Abordnungen vorgezogen? Wenn nein, warum wird von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht (bitte gegebenenfalls nach Gründen prozentual aufschlüsseln)?
21. Auf wie vielen der in den kommenden sieben Jahren freiwerdenden sowie der nach der jeweiligen Personalberechnungsgrundlage einzurichtenden Stellen sollen Richterinnen und Richter auf Probe zu Richterinnen und Richtern auf Lebenszeit oder unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu Staatsanwältinnen oder Staatsanwälten er-

annt werden (bitte nach Staatsanwaltschaften sowie allen Gerichtsstandorten aller Gerichtsbarkeiten aufschlüsseln)?

22. Inwieweit wird der Personalbestand der Gerichte und Staatsanwaltschaften an der Umsetzung des Konzepts zur Personalentwicklung des Thüringer Landesdienstes bis zum Jahr 2025 (PEK 2025), das für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz zwischen den Jahren 2020 und 2025 insgesamt 424 abzubauen Stellen vorsieht, beteiligt (bitte getrennt nach Gericht beziehungsweise Staatsanwaltschaft und Laufbahngruppe darstellen)?
23. Welche Kosten sind in welchen Kostenstellen durch Abordnungen entstanden und wie sind die Planungen zu Abordnungen generell?
24. Wie viele Konkurrentenverfahren hat es im Anfragezeitraum gegeben, wie lange dauerten die Verfahren und wie sind diese ausgegangen?
25. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung im Bereich der Konkurrentenklagen, konkret unter Betrachtung der Fallzahlen, der Verfahrensdauer, spezifischer Häufungen, der Sperrwirkung sowie möglicher Vermeidungsstrategien?

b) Belastungssituation der Gerichte

26. Wie viele Eingänge verzeichneten Thüringer Gerichte im Anfragezeitraum (bitte tabellarisch nach Hauptsacheverfahren und Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes unterteilen und in
 - a) Zivilsachen nach Mietsachen, Kaufsachen, Verkehrsunfallsachen, Bausachen, Wohnungseigentumssachen, sonstige Zivilsachen [soweit aus einem Sachgebiet mehr als 500 Verfahren eingegangen sind, bitte gesondert mitteilen],
 - b) Familiensachen nach Ehesachen, Kindschaftssachen, Abstammungssachen, Adoptionssachen, Ehewohnungs- und Haushaltssachen, Gewaltschutzsachen, Versorgungsausgleichssachen, Unterhaltssachen, Güterrechtssachen, sonstige Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen,
 - c) Ausländerangelegenheiten nach Gerichtsbarkeit, Gegenstand des Verfahrens und Herkunftsländern,
 - d) Rehabilitationssachen,
 - e) Strafsachen nach Sachgebiet und Jugendstrafsachen [bei ausländischen Straftätern auch nach Herkunftsländern und Straftatbestand untergliedern],
 - f) Bußgeldsachen,
 - g) Arbeitsgerichtssachen,
 - h) Finanzgerichtssachen nach Sachgebieten,
 - i) Sozialgerichtssachen nach Gegenstand des Verfahrens,
 - j) Verwaltungsgerichtssachen nach Sachgebieten [in Asylsachen auch nach Herkunftsländern untergliedern])?
27. Wie viele Verfahren wurden im oben genannten Zeitraum erledigt (bitte tabellarisch nach Hauptsacheverfahren und Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes unterteilen und in

- a) Zivilsachen, wie unter Frage 26 und zusätzlich nach Abgabe innerhalb des Gerichts, Abgabe an ein anderes Gericht, rechtskräftiges und aufgehobenes Urteil [nach Rechtsmittel], Beschluss [davon Vergleiche], Erledigung, Erledigung in sonstiger Weise [bitte erläutern],
 - b) Familiensachen nach den Gegenständen der erledigten Verfahren [Ehesachen, Kindschaftssachen, Abstammungssachen, Adoptionssachen, Ehewohnungs- und Haushaltssachen, Gewaltschutzsachen, Versorgungsausgleichssachen, Unterhaltssachen, Güterrechtssachen, sonstige Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen] und nach Art der Endentscheidung [bitte Vergleiche gesondert ausweisen],
 - c) Ausländerangelegenheiten nach Gerichtsbarkeit, Gegenstand des Verfahrens und Herkunftsländern,
 - d) Rehabilitationssachen nach Art der Erledigung,
 - e) Strafsachen nach Sachgebiet, Anzahl der Beschuldigten, Verurteilung, davon Strafbefehle und Entscheidungen im beschleunigten Verfahren, Freispruch und Einstellungen [bei ausländischen Straftätern auch nach Herkunftsländern und Art der Erledigung untergliedern],
 - f) Bußgeldsachen nach Beschuldigten, Verurteilung, Einstellung und Freispruch,
 - g) Arbeitsgerichtssachen nach Urteil, Vergleich oder sonstiger Erledigung,
 - h) Finanzgerichtssachen nach Sachgebieten und Art der Erledigung,
 - i) Sozialgerichtssachen nach Gegenstand des Verfahrens und Art der Erledigung,
 - j) Verwaltungsgerichtssachen nach Sachgebieten [in Asylsachen auch nach Herkunftsländern und Art der Erledigung untergliedern])?
28. Wie hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer (erster Eingang bei Gericht bis zur Entscheidung in erster sowie in letzter Instanz und gegebenenfalls Zahl der Hauptverhandlungstage) an den Gerichten seit dem Jahr 2019 entwickelt (bitte auch für jeden Spruchkörper mitteilen und interne Abgaben gesondert ausweisen)?
29. Wie hoch war der Jahresendbestand nicht abgeschlossener Verfahren bei Thüringer Gerichten im Zeitraum von 2019 bis 30. Juni 2023?
30. Wie viele der unter Frage 29 genannten Verfahren waren zum 30. Juni 2023 älter (ab Eingang erste Instanz bis heute) als
- a) zwei Jahre,
 - b) fünf Jahre und
 - c) zehn Jahre
- (bitte auch nach Gericht unterteilen)?
31. Wie hat sich die durchschnittliche Fallzahl je Richterin oder Richter in Thüringen und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesdurchschnitt im Anfragezeitraum entwickelt?

32. In wie vielen Fällen wurden zur Absicherung von Vorführungen ab dem Jahr 2019
 - a) Wachtmeisterinnen und Wachtmeister gerichtsbezirksübergreifend herangezogen,
 - b) bei den Justizvollzugsanstalten um Hilfe ersucht und
 - c) die Polizei um Unterstützung gebeten (bitte auch das Gericht der Vorführung und die Anzahl der unterstützenden Kräfte nach a, b und c unterteilt mitteilen)?
 33. In wie vielen Fällen führten nicht abzusichernde Vorführungen ab dem Jahr 2019 zu einer Verzögerung des Verfahrens?
 34. In wie vielen Fällen wurde ab dem Jahr 2019 von welchem Gericht der Vollzug der Untersuchungshaft wegen derselben Tat über sechs Monate hinaus aufrechterhalten?
 35. In wie vielen Fällen und an welchem Gericht wurde im Anfragezeitraum nach sechs Monaten Untersuchungshaft, während der kein Urteil ergangen war,
 - a) der Vollzug des Haftbefehls ausgesetzt,
 - b) der Haftbefehl aufgehoben oder
 - c) durch das Oberlandesgericht die Fortdauer der Untersuchungshaft angeordnet?
 36. In wie vielen Fällen wurden ab dem Jahr 2019 Haftbefehle welcher Gerichte wegen Verfahrensverzögerungen aufgehoben oder ausgesetzt?
 37. Welche organisatorischen, verwaltungsmäßigen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen hat die Landesregierung getroffen, um eine zügige Abarbeitung von Verfahren zu gewährleisten und die Belastung der Mitarbeiter zu reduzieren (bitte auch aufschlüsseln nach der Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte, der Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Finanzgerichte, der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Richterdienstgerichte, der Disziplinargerichte, der Berufsgerichte für Heilberufe, Rechtsanwälte und Notare, der Staatsanwaltschaft, dem Gerichtsvollzieherwesen, dem Justizvollzug, den Bewährungshelfern, der Gerichtshilfe und der Führungsaufsicht)?
 38. Wie beurteilt die Landesregierung die Belastungssituation der Thüringer Justiz aktuell und in einer Prognose für die kommenden 15 Jahre?
- c) Belastungssituation der Staatsanwaltschaften
39. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden von den Staatsanwaltschaften im Anfragezeitraum eingeleitet (bitte auch nach Tatgruppen, Tatverdächtigen, Jugendlichen, Heranwachsenden, nichtdeutschen Tatverdächtigen, Zuwanderern und nach Ermittlungen gegen Unbekannt aufschlüsseln; die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?
 40. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden vor Erhebung der Anklage im Anfragezeitraum eingestellt (bitte auch nach

- Schwerpunkten, Rechtsgrundlagen, Straftatengruppen, Tatverdächtigen, nichtdeutschen Tatverdächtigen, Zuwanderern und nach Ermittlungen gegen Unbekannt aufschlüsseln; die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?
41. Wie haben sich Eingangs- und Erledigungszahlen im Durchschnitt je Staatsanwalt im Anfragezeitraum und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesdurchschnitt entwickelt (die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?
 42. Wie hat sich die Bearbeitungsdauer von Ermittlungsverfahren im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch aufteilen nach Erwachsenen- und Jugendstrafrecht, der durchschnittlichen Dauer und den fünf ältesten Ermittlungsverfahren unter Angabe, wann diese fünf Verfahren angelegt wurden)?
 43. Wie hoch war der Jahresendbestand im Geschäftsbereich der Staatsanwaltschaften im Anfragezeitraum (bitte auch nach Erwachsenen- und Jugendstrafrecht aufschlüsseln; die Fallzahlen der Schwerpunktabteilungen bitte gesondert ausweisen)?
 44. Wie viele der unter Frage 43 genannten Verfahren waren zum 30. Juni 2023 älter als
 - a) sechs Monate,
 - b) ein Jahr,
 - c) zwei Jahre,
 - d) fünf Jahre(bitte auch nach Erwachsenen- und Jugendstrafrecht aufschlüsseln und den Bestand der Schwerpunktstaatsanwaltschaften gesondert aufführen)?
 45. Welche Erlasse oder Anweisungen gibt es durch das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, die Generalstaatsanwaltschaft beziehungsweise die jeweilige Staatsanwaltschaft zur Einstellungspraxis?
 46. In wie vielen Fällen wurde seit dem Jahr 2019 von § 145 Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren und Staatsanwaltschaft aufschlüsseln)?
 47. Wie entwickeln sich die Anforderungen an die Bearbeiter von Ermittlungsverfahren, beispielsweise durch gehäuftes Auftreten von Gruppentaten, besonderer Gewaltaffinität oder der Notwendigkeit der Hinzuziehung Dritter zur Ermittlung (Dolmetscher, Sachverständige, Bundes-, ausländische oder internationale Behörden et cetera) seit dem Jahr 2019?
 48. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um die Thüringer Staatsanwaltschaften auf diese Entwicklung einzustellen?
 49. Durch welche Maßnahmen wurden insbesondere die Schwerpunktstaatsanwaltschaften gestärkt und wie ist diese Stärkung hinsichtlich der verbesserten Bekämpfung von Korruptionsdelikten, Organisierter Kriminalität, Abrechnungsmanipulation oder Wirtschaftsstrafsachen und IT-Kriminalität belegt?

50. Wie viele Umweldelikte mit wie vielen Tatverdächtigen wurden im Anfragezeitraum mit welchem Ergebnis verfolgt (bitte für jeden Tatbestand einzeln und mit der Rechtsgrundlage der Abschlussverfügung mitteilen)?
51. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um eine bessere Bekämpfung von Umweltstraftaten zu gewährleisten und welche Tendenz hinsichtlich dieser Maßnahmen ist belegt?
52. Wie viele Cybercrime-Delikte mit wie vielen Tatverdächtigen wurden im Anfragezeitraum mit welchem Ergebnis verfolgt (bitte für jeden Tatbestand einzeln und mit der Rechtsgrundlage der Abschlussverfügung mitteilen)?
53. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um eine bessere Bekämpfung von Cybercrime-Straftaten zu gewährleisten und welche Tendenz hinsichtlich dieser Maßnahmen ist belegt?
54. Wie viele Kinderpornografie-Delikte mit wie vielen Tatverdächtigen wurden im Anfragezeitraum mit welchem Ergebnis verfolgt (bitte für jeden Tatbestand einzeln und mit der Rechtsgrundlage der Abschlussverfügung mitteilen)?
55. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um eine bessere Bekämpfung von Kinderpornografie zu gewährleisten und welche Tendenz hinsichtlich dieser Maßnahmen ist belegt?

d) Weitere Verfahren

56. Wie viele Verfahren wurden im Anfragezeitraum nach außergerichtlicher Konfliktbeilegung erledigt (bitte auch nach Spruchkörper und durchschnittlicher Verfahrensdauer unterteilen)?
57. Welchen Wert misst die Landesregierung den verschiedenen Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung generell bei?
58. Ist die Landesregierung mit der Entwicklung im Bereich der außergerichtlichen Konfliktbeilegung und der Umsetzung der seit dem Jahr 2019 eingeleiteten Maßnahmen zufrieden (bitte die jeweilige Maßnahme und das Ergebnis insgesamt bewerten)?
59. Wie hat sich die Anzahl der Gnadensachen entwickelt?
60. Wie viele ungeklärte Delikte und Straftaten wurden auf Bezüge zu rechtsextremen Motiven durch Thüringer Justizbehörden überprüft (bitte detailliert nach Überprüfungsmaßnahmen und -ergebnis mitteilen)?
61. Wie viele ungeklärte Delikte und Straftaten wurden auf Bezüge zu linksextremen Motiven durch Thüringer Justizbehörden überprüft (bitte detailliert nach Überprüfungsmaßnahmen und -ergebnis mitteilen)?
62. Wie hat sich die Zahl der erledigten Ermittlungsverfahren mit eingeleiteten Maßnahmen der Vermögensabschöpfung

seit dem Jahr 2019 entwickelt (bitte auch nach einziehender Stelle unterteilen)?

63. Wie viele Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen wurden, unter Berücksichtigung der sichergestellten oder eingezogenen Gegenstände, zu welchem Wert seit dem Jahr 2019 vollstreckt (bitte auch nach einziehender Behörde unterteilen)?
64. Wie viele Anträge auf Anordnung von Maßnahmen der strafrechtlichen Gewinnabschöpfung wurden im Anfragezeitraum gestellt?
65. In wie vielen Fällen beteiligte sich Thüringen am Erwerb rechtswidrig erlangter Datensätze von Bankkunden und ausländischen Steuerbehörden (sogenannter "Ankauf von Steuer-CDs") oder unterstützte solche Vorhaben seit dem Jahr 2019?
66. Wie haben sich die Anzahl, die Arbeit und die personelle Ausstattung der Jugendstationen in Thüringen seit dem Jahr 2019 entwickelt (bitte nach Station, Arbeitsanfall, Stellenplan und Stellenbesetzung differenzieren)?
67. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Jugendstationen allgemein?

II. Chancengleichheit und Arbeitsplatzattraktivität

68. Wie beurteilt die Landesregierung die Effektivität der Chancengleichheit in der Thüringer Justiz?
69. Wie bewertet die Landesregierung die Attraktivität einer Beschäftigung in der Thüringer Justiz in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere vor dem Hintergrund vorzuhaltender Bereitschaftsdienste, und welche Verbesserungsmöglichkeiten werden gesehen?
70. Wie werden in der Personalbedarfsberechnung Vakanzen durch beispielsweise Teilzeit, Elternzeiten, Bildungsurlaub oder Erkrankungen berücksichtigt?
71. Wie werden in der Thüringer Justiz Erledigungsverluste durch Dienstunterbrechungen, beispielsweise durch Mutterschutz, Elternzeit, Umsetzungen oder sonstigen Personalwechsel, erfasst und verhindert (bitte nach Vakanzgrund und Dienststellen aufschlüsseln)?
72. Inwieweit wird in der Thüringer Justiz zur Verhinderung von Erledigungsverlusten von zeitversetzten Nachbesetzungen Gebrauch gemacht (bitte nach Vakanzgrund, zur Verfügung stehenden Mitteln der Personalbewirtschaftung und Dienststellen aufschlüsseln)?
73. Bei welchen Gerichten und Staatsanwaltschaften wird für welche Dienste in welcher Form und seit wann Rufbereitschaft vorgehalten?

74. Wie oft leisten Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Thüringen durchschnittlich Rufbereitschaft?
75. Wie beurteilt die Landesregierung die Teilnahme von Beschäftigten in der Thüringer Justiz an Fortbildungsveranstaltungen in Qualität und Quantität (bitte auch nach Laufbahn unterteilen)?
76. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der Zahl teilzeitarbeitender Bediensteter in der Thüringer Justiz im Abfragezeitraum (bitte auch angeben, wie vielen Vollzeit-äquivalenten die Teilzeitstellen insgesamt entsprechen sowie nach Dienststellen und Geschlecht unterteilen)?
77. Wie entwickelte sich die zahlenmäßige Nutzung von alternierenden Arbeitsplätzen und Telearbeitsplätzen sowie der Möglichkeit zum mobilen Arbeiten und Homeoffice in der Thüringer Justiz?
78. Welche Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten werden juristischen Berufseinsteigern im Thüringer Landesdienst geboten?
79. Wie viele Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben im Abfragezeitraum Erprobungen absolviert (bitte auch Geschlecht und Feststellungsentscheidung mitteilen)?
80. Inwieweit wird bei Versetzungen während der Erprobungen die Vereinbarkeit von privaten Betreuungsverpflichtungen und Beruf berücksichtigt?
81. Erhalten Berufseinsteiger verbindliche Zusagen beispielsweise zur Anzahl der Rotationen, Planbarkeit der verschiedenen Einsatzstationen, Dauer der Erprobung, Einsatz im bereits angeeigneten Fachgebiet?

III. Umstellung der Thüringer Justiz auf den elektronischen Rechtsverkehr

82. Wie gestaltet sich die Umstellung auf elektronisch gestaltete Arbeitsprozesse in der Thüringer Justiz qualitativ und zeitlich (bitte auch nach Dienststellen und einzuführenden Fachverfahren aufschlüsseln und die Umsetzungen der Einführungsphasen darstellen)?
83. In welcher Höhe wurden bisher Geldmittel zur Umstellung auf den elektronischen Rechtsverkehr bereitgestellt und abgerufen?
84. Wie bewertet die Landesregierung die Akzeptanz der Bediensteten für laufende Projekte des elektronischen Rechtsverkehrs?
85. Wie bewertet die Landesregierung die Kommunikation (zum Beispiel mittels des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs) zwischen den Akteuren in der Justiz (bitte un-

- terteilen in Staatsanwaltschaften, Gerichte, Rechtsanwälte und andere Beistände, Sachverständige, Polizei et cetera)?
86. Wie beziffert und bewertet die Landesregierung Effizienzgewinne und -verluste durch die Umstellung auf elektronisch geführte Arbeitsprozesse in der Justiz?
87. Wie verteilt sich das mit der Umsetzung auf elektronisch geführte Arbeitsprozesse betraute Personal auf Fachunternehmen, Fachbedienstete und sonstige Justizangehörige (bitte nach Dienststellen aufteilen)?
88. Inwiefern steht allen Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten die Nutzung der E-Akte am Arbeitsplatz, im Sitzungssaal, beim Ortstermin und am häuslichen Arbeitsplatz zur Verfügung?
89. Welche Verbesserungspotenziale beziehungsweise Defizite sieht die Landesregierung im Zuge der bereits erfolgten Einführung der E-Akte an den Gerichten?
90. Wie ist der Stand der technischen Ausrüstung zum Einsatz von Videokonferenzen gemäß § 128a Zivilprozessordnung und inwieweit wird von diesen rechtlichen und technischen Möglichkeiten in der Thüringer Justiz Gebrauch gemacht (bitte nach Dienststellen aufschlüsseln)?

IV. Ausbildung

91. Wie viele Studenten haben im Freistaat im Anfragezeitraum den Studiengang Rechtswissenschaften mit dem ersten Staatsexamen abgeschlossen (bitte aufteilen in Prüfungsdurchgänge und Abschlussnoten)?
92. Wie viele Referendare wurden in Thüringen in den juristischen Vorbereitungsdienst im Anfragezeitraum eingestellt (bitte aufteilen nach Einstellungsdurchgängen)?
93. Wie viele Referendare haben im Anfragezeitraum den juristischen Vorbereitungsdienst mit dem zweiten Staatsexamen abgeschlossen (bitte aufteilen nach Prüfungsdurchgang und Abschlussnote)?
94. In wie vielen Fällen wurde die Ausübung einer entgeltlichen Nebentätigkeit gemäß § 42 Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungordnung beantragt und genehmigt (bitte auch nach Ausbildungsstationen aufteilen)?
95. In wie vielen Fällen wurde eine Stationsvergütung gewährt?
96. In wie vielen Fällen wurden welche Formen von Nachteilsausgleichen gewährt (bitte aufteilen nach Staatsexamen, Prüfungsdurchgang und Abschlussnote)?
97. Wie hat sich die Anwendbarkeit des sogenannten Computertextens in der Praxis erwiesen?

98. Welche Reformvorhaben bearbeitet die Landesregierung zu den Themen der juristischen Ausbildung, Prüfungspraxis und Nachwuchsgewinnung?
99. Hat die Juristenausbildung seit dem Jahr 2019 inhaltliche Änderungen erfahren? Falls ja, welche?
100. Plant die Landesregierung Änderungen an den Einstellungsanforderungen in der Thüringer Justiz, um dem enormen Einstellungsbedarf der kommenden Jahre gerecht zu werden?
101. Wie stellt die Landesregierung einen auskömmlichen Personalbestand sicher, ohne Qualitätseinbußen in Kauf nehmen zu müssen?
102. Wie hat sich das Verhältnis der Referendareinstellungen zu den Planstellen an Gerichten, Staatsanwaltschaften und sonstigen Behörden seit dem Jahr 2019 entwickelt?
103. Kann die Landesregierung bereits zum jetzigen Zeitpunkt Veränderungen der Bewerberzahlen für das Referendariat feststellen, die sich aus der Wiedereinführung des Beamtenverhältnisses für Rechtsreferendare ergeben?

V. Gerichtsvollzieherwesen

104. Wie hat sich der Personalbestand bei den Thüringer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern entwickelt?
105. Wie viele Eingänge verzeichneten Thüringer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Anfragezeitraum?
106. Wie hoch war der Jahresendbestand nicht abgeschlossener Verfahren bei Thüringer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern im Anfragezeitraum?
107. Wie entwickelte sich die Fallzahl bei Thüringer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern hinsichtlich Verfahren gegen Reichsbürger und Ausländer?
108. Wie hat sich die durchschnittliche Fallzahl je Gerichtsvollzieherin und Gerichtsvollzieher seit dem Jahr 2019 und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesdurchschnitt entwickelt?
109. Wie hat sich die Gefährdung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in den letzten zehn Jahren entwickelt und wodurch kam es zu gefährlichen Situationen gegen Gerichtsvollzieher?
110. Wie entwickelte sich im Zusammenhang mit Frage 109 die Anzahl an Beiziehungen der Polizei?
111. Wie viele Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher werden in den kommenden 15 Jahren in den Ruhestand eintreten?

112. Welchen Standpunkt vertritt die Landesregierung hinsichtlich der Umstellung der Gerichtsvollzieherausbildung auf ein Hochschulstudium?
113. Wie hat sich die Einkommenssituation der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Thüringen und nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesvergleich entwickelt?
114. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern hat die Landesregierung umgesetzt?

VI. Modernisierungsmaßnahmen/Ministerien

115. Welche Maßnahmen zur Justizmodernisierung hat die Landesregierung seit dem Jahr 2019 angestoßen?
116. Wie hat sich die Anzahl der im für Justiz zuständigen Ministerium erstellten sowie der dort bearbeiteten Gesetzentwürfe seit dem Jahr 2019 entwickelt (bitte nach Jahresscheiben unterteilen)?
117. Welche Anstrengungen hat die Landesregierung zur Bereinigung des Landesrechts unternommen? Welche Rechtsvorschriften sind beziehungsweise werden wann entfallen?
118. Durch welche Maßnahmen wurden personal- und budgetrechtliche sowie haushaltswirtschaftliche Handlungsspielräume von Gerichten und Staatsanwaltschaften gestärkt (bitte auch nach Maßnahmen aufschlüsseln)?
119. Wie hat sich das Investitionsvolumen in Gebäude (ohne Justizvollzugsanstalten) entwickelt (bitte auch nach abgeflossenen Beträgen und Immobilien sowie nach kleinen Baumaßnahmen, großen Baumaßnahmen und Neubauten unterteilen)?
120. Welche ehemaligen Justizvollzugsanstalten des Freistaats wurden im Anfragezeitraum (weiter-)genutzt und wie erfolgte diese (Weiter-)Nutzung?
121. Wie hat sich die Modernisierung des Landgerichts Erfurt bisher gestaltet?
122. In welcher Höhe wurden zum Umbau des Landgerichts Erfurt bisher Mittel eingesetzt? Welche Kosten sind mit der Anmietung des Ausweichquartiers verbunden? Mit welchen Gesamtkosten rechnet die Landesregierung?
123. Welche Schwierigkeiten sieht die Landesregierung im Rahmen des Umbaus des Landgerichts Erfurt?
124. Wie hat sich der Energieverbrauch der Justizgebäude im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch nach Gebäude und Energieträger unterteilen)?
125. In welcher Höhe wurde in Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Senkung des Energieverbrauchs

von Gerichtsgebäuden und Justizvollzugsanstalten investiert (bitte auch nach Beträgen und Immobilien unterteilen)?

126. Welche sonstigen Maßnahmen wurden zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur Senkung des Energieverbrauchs, zur Senkung des Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid und zur ressourcen- und materialschonenden Mittelbewirtschaftung im Allgemeinen mit welchem konkreten Ergebnis eingeleitet (bitte auch nach Beträgen und Immobilien unterteilen)?
127. Wie waren und sind die Referate in der Zuständigkeit des Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz personell besetzt (bitte unterteilen in mittleren Dienst, gehobenen Dienst und höheren Dienst beziehungsweise vergleichbare Tarifbeschäftigte und jeweils in Arbeitskraftanteile) und wie haben sich die Aufgabenbereiche für die einzelnen Referate im Anfragezeitraum verändert?
128. Hat es Aufgabenverlagerungen vom oder zum Ministerium gegeben und sind welche geplant? Wenn ja, welche und wohin?
129. Wie viele Rechtshilfeersuchen wurden bearbeitet?

VII. Justizvollzug

a) Belegungssituation

130. Wie stellt sich das Verhältnis der Anzahl von Inhaftierten zur Anzahl der vorhandenen Haftplätze dar?
131. Wie stellen sich die Normbelegung/Maximalbelegung/Notbelegung nach dem Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch (ThürJVollzGB) im Vergleich zur tatsächlichen Ist-Belegung in den einzelnen Einrichtungen dar? Wie viele Gefangene sind in anderen Bundesländern untergebracht?
132. Wie viele Gefangene aus anderen Bundesländern sind in Thüringer Justizvollzugsanstalten untergebracht?
133. Welche Belegung ist nach welchen Kriterien gemäß Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch in den einzelnen Einrichtungen zulässig?
134. Welche Ursachen können für (signifikante) Änderungen in der Belegungssituation der einzelnen Einrichtungen jeweils benannt werden? Inwiefern spielen hier Veränderungen in der Entscheidungspraxis der Gerichte eine Rolle?
135. Wie stellt sich die Nutzungs- und Belegungssituation in den Räumlichkeiten (zum Beispiel Hafträume, Gemeinschaftsräume) in den einzelnen Einrichtungen dar und inwiefern entspricht diese Situation den Vorgaben des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs und anderer geltender Regelungen?
136. Wie stellt sich das Verhältnis von Haftplätzen im offenen und geschlossenen Vollzug dar und wie ist dieses vor dem Hintergrund der Vorgaben des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs zu bewerten?

137. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Belegungssituation und deren Entwicklung im Anfragezeitraum und welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?

138. Wie hat sich die Zahl der Delikte/Straftaten, die in einer Justizvollzugsanstalt begangen wurden, im Anfragezeitraum entwickelt?

b) Vollstreckungsplan und Vollzugskonzept

139. Welche Veränderungen im Vollstreckungsplan gab es im Anfragezeitraum und wie wurden die einzelnen Änderungen begründet?

140. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Belegungssituation in den einzelnen Einrichtungen und den Vorgaben des für Thüringen geltenden Vollstreckungsplans?

141. Welche Überlegungen liegen dem derzeitigen Vollstreckungsplan zugrunde?

142. Inwiefern beeinflusst der Zustand der Justizvollzugsanstalten beziehungsweise deren Belegungssituation die Durchführung von Vollzugskonzepten und inwieweit ist dies mit den Vorgaben des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs vereinbar?

143. Inwiefern sieht die Landesregierung Änderungsbedarf hinsichtlich des Vollstreckungsplans und der Vollzugskonzepte?

c) Bauliche Situation und Sicherheit

144. Wie stellt sich der bauliche Zustand der einzelnen Justizvollzugsanstalten dar und inwieweit entspricht dies den Vorgaben (zum Beispiel Größe der Hafträume, bauliche Vorkehrungen für Gefangene mit Behinderungen, etwa hinsichtlich Barrierefreiheit)?

145. Welche Sanierungen beziehungsweise Neu- und Umbausowie Ausrüstungsmaßnahmen wurden im Anfragezeitraum durchgeführt oder begonnen und welche geplanten Maßnahmen sollen in den Jahren bis 2030 begonnen werden? Welche Auswirkungen hatten beziehungsweise haben die Maßnahmen auf die Belegungsfähigkeit und die Verteilung der Gefangenen auf die Standorte der Justizvollzugsanstalten?

146. Wie wurden beziehungsweise werden diese Maßnahmen sachlich begründet und welche Finanzmittel wurden beziehungsweise werden für diese Maßnahmen aufgewendet beziehungsweise sind veranschlagt?

147. Welche Einrichtungen wurden im Anfragezeitraum aus welchen Gründen geschlossen beziehungsweise welche Schließungen sind in den nächsten Jahren bis 2030 geplant?

148. Inwiefern entsprechen die Sicherheitseinrichtungen und -konzepte in den Einrichtungen dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik und den Vorgaben des Thürin-

ger Justizvollzugsgesetzbuchs und anderer geltender Vorschriften?

149. Wie wird die Einhaltung der Sicherheitskonzeption und deren Anpassung beziehungsweise Fortentwicklung abgesichert?

d) Situation der Gefangenen

150. Wie viele Gefangene sind in den Justizvollzugsanstalten im Anfragezeitraum untergebracht beziehungsweise untergebracht gewesen?

151. Wie viele der Insassen sind in Räumen mit Einzelbelegung beziehungsweise Mehrfachbelegung untergebracht (Durchgangsgefangene bitte gesondert ausweisen)?

152. Wie hat sich die (durchschnittliche) Verweil- beziehungsweise Haftdauer im Anfragezeitraum verändert (bitte aufschlüsseln nach Betroffenengruppen und Deliktgruppen)?

153. Wie stellt sich die Ausstattung der Hafträume mit Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen in den einzelnen Bereichen des Justizvollzugs und den einzelnen Einrichtungen dar?

154. Wie gestalten sich die Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten der Gefangenen (zum Beispiel mit Mithäftlingen, mit Angehörigen, mit Rechtsanwälten)?

155. Welche Freizeitangebote gibt es, welche werden in den Justizvollzugsanstalten angeboten und wie werden die Freizeitangebote in den Justizvollzugsanstalten angenommen?

156. In welchem zeitlichen Umfang und aus welchen Gründen sind Freizeitmaßnahmen ausgefallen?

157. In welcher Höhe werden die Gefangenen für die Kosten von Freizeitangeboten herangezogen?

158. Wie stellt sich die Aufenthalts- und Unterbringungssituation für Menschen mit Behinderungen dar? Welche Möglichkeiten der Unterstützung und Assistenz gibt es?

159. In wie vielen Fällen wurden Kinder gemäß § 21 ThürJVollzGB in welchen Justizvollzugsanstalten untergebracht?

160. Inwieweit wurden Maßnahmen zur Vermeidung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe umgesetzt und in wie vielen Fällen wurde auf die Vollstreckung der Freiheitsstrafe verzichtet (bitte nach Jahren und Gericht angeben)?

161. Wie haben sich Bildungs- und sozialer Hintergrund der Gefangenen im Anfragezeitraum verändert?

162. Welche Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung bestehen und wie werden diese angenommen? Wie hat sich die Anzahl der Schul- und Berufsabschlüsse im Anfragezeitraum entwickelt (insbesondere auch für junge Häftlinge)?

163. Welche Unterstützung für einen Übergang in Arbeit nach der Haftzeit gibt es während der Haft und wie viele Gefangene nehmen diese Unterstützung an?
164. Welche Rolle spielt dabei die Verweildauer in der Justizvollzugsanstalt?
165. Welche Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten gibt es und wie werden diese angenommen?
166. Kommt es vor, dass Beschäftigungswünsche der Gefangenen abgelehnt werden? Welche Gründe können hierfür benannt werden?
167. Wie oft kam es im Anfragezeitraum zu Arbeitsausfällen? Worauf waren diese zurückzuführen und wie hoch wird die entgangene Entlohnung geschätzt?
168. Nach welchen Kriterien werden die Gefangenen den einzelnen Tätigkeiten zugewiesen und wie werden sie entlohnt?
169. Wie wird das Personal ausgewählt, das die Gefangenen bei ihren Tätigkeiten anleitet und welche Qualifizierung haben diese Personen, bevor sie ihre Tätigkeit in der Justizvollzugsanstalt aufnehmen?
170. Welchen Veränderungsbedarf sieht die Landesregierung im Hinblick auf Bildungsangebote sowie Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten?
171. Wie viele Beschwerden von Gefangenen zur Haftsituation gab es beziehungsweise wurden im Anfragezeitraum erfasst und zu welchen Problemen und wie beziehungsweise mit welchen Ergebnissen wurde mit diesen verfahren?
172. Wie viele Petitionen an die Strafvollzugskommission beziehungsweise an den Petitionsausschuss wurden im Anfragezeitraum von Gefangenen aus welchen Justizvollzugsanstalten eingereicht? Welche Themen wurden schwerpunktmäßig als Probleme angesprochen?
173. Wie viele Verlegungsanträge wurden von Gefangenen im Anfragezeitraum gestellt und wie wurde mit diesen verfahren? Welche Begründungen wurden hauptsächlich für die Anträge benannt?
174. Wie viele Vorfälle wurden in den jeweiligen Justizvollzugsanstalten registriert und wie viele Disziplinarmaßnahmen wurden aus welchen Gründen gegen Gefangene verhängt?
175. Wie stellen sich die gesundheitliche Situation sowie die medizinische und therapeutische Versorgung der Gefangenen dar und welche Einrichtungen/Organisationen/Personen sind daran beteiligt? Welche rechtlichen Vorgaben werden für diese Bereiche gemacht?
176. Wie hat sich die Problemlage bei infektiösen Krankheiten (zum Beispiel Corona) in Justizvollzugsanstalten hinsichtlich der Erkrankungszahlen entwickelt? Welche Gründe

sind hierfür ersichtlich? Welche Maßnahmen zum Schutz vor ansteckenden Krankheiten gibt es in den Justizvollzugsanstalten?

177. Welche Therapieangebote gibt es, welche Akteure sind daran beteiligt und wie werden diese Angebote angenommen?
178. Wie stellt sich die Situation von sucht- und drogenabhängigen Gefangenen dar? Nach welchen Kriterien werden Gefangene für Therapieplätze ausgewählt? Wie viele solcher Plätze stehen in Thüringen oder in anderen Bundesländern für Gefangene aus Thüringen zur Verfügung?
179. Wie viele Drogentests und Drogenschnelltests wurden im Thüringer Justizvollzug im Anfragezeitraum mit welchem Ergebnis zur Verfügung gestellt und eingesetzt (bitte nach Anstalten unterteilen)?
180. Wie viele Todesfälle in Thüringer Justizvollzugsanstalten lassen sich auf Drogenkonsum zurückführen?
181. Auf welchen Wegen gelangen Drogen in Thüringer Justizvollzugsanstalten? Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um dem Einschleusen von Drogen und ähnlichen Substanzen entgegenzuwirken?
182. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur Effektivität der Umsetzung der Vollzugs- und Eingliederungsplanung?
183. Welche Bemühungen hat die Landesregierung unternommen, um die Vorbereitung der Eingliederung gemäß § 15 Abs. 4 ThürJVollzGB umzusetzen?
184. Wie viele der entlassenen Gefangenen haben an den festgelegten Eingliederungsmaßnahmen teilgenommen?
185. Welche sonstigen (sozialen) Betreuungs- und Unterstützungsangebote (zum Beispiel Schuldnerberatung) gibt es und wie werden diese angenommen? Ist hier für die Zukunft ein steigender Bedarf erkennbar beziehungsweise prognostizierbar?
186. Wie sieht die Personalsituation im Bereich der medizinischen und therapeutischen Versorgung und der anderweitigen Betreuung aus?
187. Wie hat sich die Fallzahl der Suizidversuche und Selbstverletzungen im Anfragezeitraum entwickelt (bitte nach Anstalt differenzieren)?
188. Was lässt sich zur Frage von Extremismus und Radikalisierung im Thüringer Strafvollzug, bezogen auf den Anfragezeitraum, berichten?
189. Wie hat sich die Anzahl der vorzeitigen Haftentlassungen entwickelt?

190. Wie viele Hafterleichterungen wurden ausgesprochen und inwiefern und aus welchen Gründen (Hauptkategorien benennen) mussten diese wieder zurückgenommen werden?
191. Wie sehen die Auslastungszahlen für die Plätze im offenen Vollzug aus?
192. Wie stellt beziehungsweise stellte sich die Arbeits- und Beschäftigungssituation für Gefangene im offenen Vollzug dar?
193. Welche Bedeutung/Funktion hat der offene Vollzug für die Erfüllung des Vollzugsziels (Resozialisierung)? Gibt es auch im Hinblick auf diese Funktion speziell ausgestaltete Unterstützungs- und Betreuungsangebote für Gefangene im offenen Vollzug?
194. Was unternimmt die Landesregierung zum Ausbau des offenen Vollzugs gegenüber dem geschlossenen Vollzug?

e) Prävention

195. Welche Maßnahmen, Projekte und Ähnliches gibt es, um einen Aufenthalt von Betroffenen im Justizvollzug abzuwenden? Von welchen Institutionen oder Stellen werden diese Maßnahmen oder Projekte angeboten?
196. Welche Inhalte und Zielstellungen haben diese Angebote und wie werden diese angenommen?
197. Wie stellt sich die finanzielle Situation solcher im Bereich der Prävention tätigen Unterstützungsprojekte und -organisationen dar?
198. Wie hat sich die (finanzielle) Unterstützung des Landes entwickelt und welche Gründe liegen hierfür vor? Inwiefern gibt es hier schon Planungen für die nächsten drei Jahre?
199. Wie stellt sich die Situation der Bewährungshilfe - insbesondere personell und finanziell - in Thüringen dar? Inwiefern hat die Anordnungspraxis der Gerichte bei Bewahrung/Bewahrungsaufgaben Auswirkungen?
200. Welche (anderen) Unterstützungsangebote gibt es nach der Zeit der Entlassung und wie werden diese angenommen?
201. Inwiefern richten sich solche Unterstützungsangebote auch an Angehörige ehemaliger Gefangener?
202. Wie stellt sich die finanzielle Situation von im Bereich der Nachsorge tätigen Unterstützungsprojekten und -organisationen im Anfragezeitraum dar? Inwiefern lassen sich Prognosen über den zukünftigen Bedarf an solchen Unterstützungsangeboten treffen?
203. Wie hat sich die Unterstützung des Landes entwickelt? Welche Gründe können hierfür benannt werden? Inwiefern gibt es hier schon Planungen für die Jahre bis 2030?

204. In wie vielen Fällen haben Bedienstete von der Möglichkeit der nachgehenden Betreuung entlassener Straf- und Jugendstrafgefangener gemäß § 52 ThürJVollzGB Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren und Anstalt unterteilen)?
205. In wie vielen Fällen haben Straf- und Jugendstrafgefangene von der Möglichkeit des Verbleibs oder der Wiederaufnahme in die Anstalt gemäß § 53 ThürJVollzGB Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren, Anstalt und Dauer der Unterbringung aufteilen)?
206. Wie hat sich die die Rückfallquote im Strafvollzug, Jugendstrafvollzug und Jugendarrest bei Thüringer Inhaftierten seit dem Jahr 2019 entwickelt? Wie stellt sich diese Quote für unterschiedliche Deliktgruppen, wie zum Beispiel Kapitalverbrechen, Gewaltdelikte, Eigentumsdelikte, dar? Welche Ursachen lassen sich für diese Rückfallquote benennen?
207. In wie vielen Fällen wurde die Aussetzung zur Bewährung widerrufen? Wie sind etwaige signifikante Änderungen der Widerrufszahlen zu bewerten?
208. Wie bewertet die Landesregierung das Angebot an dem Vollzug nachgelagerter Unterstützungsmöglichkeiten zur Senkung der Rückfallquote?
209. Welche finanziellen Unterstützungsleistungen hat die Landesregierung für die kommenden Jahre bis 2030 ins Auge gefasst?
- f) Situation der Bediensteten
210. Wie stellt sich die Personalsituation im Justizvollzug dar, auch hinsichtlich der Personalstruktur (bitte aufschlüsseln nach Stellenstruktur [zum Beispiel Leitungsstellen], Altersstruktur, Geschlechterverteilung, unbesetzten Stellen, Ausbildung et cetera)?
211. Wie hoch ist die Personalfuktuation? Von wann ist das derzeit geltende Personalentwicklungskonzept für den Bereich Justizvollzug datiert? Wann wird dieses fortgeschrieben?
212. Wie stellt sich die Bewerbersituation im Justizvollzug dar (bitte aufschlüsseln nach Anzahl erfolgreicher und erfolgloser Bewerbungsverfahren, Bewerberanzahl, Dauer der Bewerbungsverfahren)?
213. Welche Strategien und Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung im Justizvollzugsdienst plant die Landesregierung?
214. Wie sieht der Personalschlüssel hinsichtlich des Verhältnisses von Bediensteten zu Gefangenen (auch in den einzelnen Anstalten) aus? Inwieweit entspricht der Personalschlüssel beim Fachpersonal dem tatsächlichen Bedarf und den rechtlichen Vorgaben?
215. Wie ist dieser Personalschlüssel nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu anderen Bundesländern im Anfragezeitraum zu bewerten?

216. Wie verhält sich der Personalbestand des Thüringer Justizvollzugs nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu den anderen Bundesländern (bitte in Dienstgruppen unterteilt vergleichen)?
217. Inwieweit unterscheiden sich nach Kenntnis der Landesregierung die Aufgabenanforderungen der abgefragten Vergleichsgruppen und wie wirken sich die unterschiedlichen Aufgabenanforderungen aus?
218. Wie viele Bedienstete im Bereich des Justizvollzugs wurden seit dem Jahr 2019 von welcher in jeweils welche Besoldungsgruppe befördert (bitte aufgliedert nach den einzelnen Justizvollzugsanstalten in Thüringen)?
219. Wie viele Thüringer Justizvollzugsbeamte sind im Betrachtungszeitraum mit ihrem Eingangsamt (Besoldungsgruppe A7) nach jahrzehntelangem Dienst im Justizvollzug in Pension gegangen? Bei wie vielen Justizvollzugsbeamten wird dies in den nächsten fünf Jahren der Fall sein?
220. Plant die Landesregierung für Justizvollzugsbeamte eine Stellenhebung vom Eingangsamt A7 zur Besoldungsgruppe A8 und wie begründet die Landesregierung ihre Entscheidung?
221. Wie hat sich der Krankenstand bezogen auf Laufbahnen und Anwärter entwickelt?
222. Wie gestaltet sich die Arbeitssituation der einzelnen Bedienstetengruppen (allgemeiner Vollzugsdienst, Verwaltungspersonal und so weiter), insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit (zum Beispiel Überstunden/Schichtdienst) und angemessener Ausstattung des Arbeitsplatzes?
223. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie die Beschäftigten selbst ihre (Arbeits-)Situation im Justizvollzug einschätzen? Welche Konsequenzen sind bisher aus diesen Erkenntnissen gezogen worden?
224. Welche Möglichkeiten und Maßnahmen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung gibt es und wie werden sie genutzt?
225. Wie oft haben Bedienstete Waffen oder unmittelbaren Zwang im Anfragezeitraum angewendet und mit welchen Folgen? Wurden solche Maßnahmen rechtlich beanstandet und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
226. Welche Ausbildung oder Schulung für den Einsatz von Waffen oder die Anwendung unmittelbaren Zwangs wird angeboten und wie wird sie wahrgenommen?
227. Plant die Landesregierung eine Ausweitung der einsetzbaren Waffen (Taser) für Justizvollzugsbedienstete? Wenn nein, warum nicht?
228. Inwiefern waren Bedienstete im Untersuchungszeitraum in sicherheitsrelevante Vorkommnisse verwickelt (zum Beispiel Drogenschmuggel oder Korruption)?

229. Inwieweit wurden im Zusammenhang mit Frage 228 Disziplinar- und/oder Strafverfahren eingeleitet und mit welchem Ergebnis?
230. Wie hat sich die Zahl der gemeldeten besonderen Vorkommnisse im Thüringer Strafvollzug und Jugendstrafvollzug seit dem Jahr 2019 entwickelt (bitte nach Jahren und Justizvollzugsanstalt unterteilen)?
231. Wie hat sich die Zahl der Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren im Thüringer Strafvollzug, im Jugendstrafvollzug und im Jugendarrest im Anfragezeitraum entwickelt (bitte auch nach Ermittlungsverfahren, Aburteilungen und Verurteilungen beziehungsweise Bußgeldverhängung und Justizvollzugsanstalt unterteilen)?
232. Wie sehen Personalstand und Personalstruktur in den Bereichen medizinische/therapeutische Versorgung und soziale Betreuung aus? Wie sind diese nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zur Situation in anderen Bundesländern zu bewerten? Wie stellen sich die Arbeitsbedingungen dar (zum Beispiel Überstunden, Krankenstand, unbesetzte Stellen, Ausstattung des Arbeitsplatzes, Weiterbildungsmöglichkeiten)?
233. Welche Informationen liegen der Landesregierung vor, wie die Bediensteten dieser Fachbereiche aus Frage 232 Qualität und Umfang der Therapie- und Betreuungsangebote bewerten? Welche Konsequenzen hat die Landesregierung gegebenenfalls daraus gezogen beziehungsweise wird sie daraus noch ziehen?
234. Inwiefern werden in diesem Bereich Personen, die nicht Bedienstete des Justizvollzugs sind, zur Erledigung dieser Aufgaben herangezogen? Wie stellen sich die vertraglichen Bedingungen dar? Sind diese Bedingungen nach Kenntnis der Landesregierung mit in anderen Bundesländern gebräuchlichen Modellen identisch beziehungsweise inwieweit unterscheiden sie sich von diesen?
235. Inwiefern sind die im Justizvollzugsgesetzbuch festgelegten Standards vollständig umgesetzt?
236. In welcher Höhe sind bei der Umsetzung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs (bisher) Mehrkosten entstanden (bitte nach Jahren und Maßnahmen unterteilen)?
237. Welche Kritik, Änderungsvorschläge oder Ähnliches sind der Landesregierung im Anfragezeitraum von Bediensteten und deren Interessenvertretung bekannt geworden, die sich auf Ausgestaltung der Einflussmöglichkeiten und die Praxis der Einbeziehung in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse beziehen? Wie wurde damit verfahren?

g) Jugendstrafvollzug

238. Wie entwickelten sich die Haft- und Unterbringungszahlen im Jugendstrafvollzug (einschließlich Jugendarrest) seit dem Jahr 2019?

239. Welche Entwicklung der Haft- und Unterbringungszahlen wird für die kommenden 15 Jahre auf welcher Grundlage prognostiziert?
240. Wie haben sich im Anfragezeitraum die Alters- und Sozialstruktur und die durchschnittliche Haftdauer für die Betroffenen entwickelt? Welche Gründe lassen sich hierfür benennen?
241. Inwiefern hat es Beschwerden über die Situation im Jugendstrafvollzug und im Jugendarrest gegeben und wie wurde behördlicherseits darauf reagiert?
242. Inwiefern sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, die Präventions- und Resozialisierungsaktivitäten im Bereich Jugendstrafvollzug zu verändern oder auszubauen?

h) Haft- und Unterbringungssituation von Frauen

243. Wie viele Haftplätze stehen für Frauen aus Thüringen in Einrichtungen in Thüringen und in anderen Bundesländern im offenen beziehungsweise geschlossenen Vollzug zur Verfügung (bitte Norm-, Maximal- und Notbelegungskapazität ausweisen)?
244. Wie hat sich die Haft- und Unterbringungssituation in den Einrichtungen (zum Beispiel die bauliche und Belegungssituation, Arbeitssituation, medizinische Versorgung) entwickelt? Wie ist dies vor dem Hintergrund des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs zu bewerten?
245. Wie haben sich die Haft- beziehungsweise Unterbringungszahlen entwickelt?
246. Wie hat sich die durchschnittliche Haftdauer entwickelt?
247. Welche Gründe sind für die Entwicklung der Haft- und Unterbringungszahlen sowie der Haftdauer im Anfragezeitraum erkennbar? Inwiefern hat die Spruch- und Anordnungspraxis der Gerichte und Behörden Auswirkungen?
248. Welche Entwicklung ist hinsichtlich der Haftzahlen und der Haftdauer für die nächsten sieben Jahre bis 2030 prognostizierbar?
249. Wie stellt sich die Situation schwangerer Frauen im Justizvollzug dar? Welche spezifischen Hilfs- und Unterstützungsangebote gibt es für diese Betroffenenengruppe?
250. Wie hoch war die Rückfallquote inhaftierter Frauen?
251. Wie erfüllen Thüringer Behörden ihre Aufsichtspflicht für die Unterbringung von Frauen in Justizvollzugseinrichtungen anderer Bundesländer? Finden zum Beispiel regelmäßige Informationsbesuche in den Justizvollzugseinrichtungen in Sachsen statt?

252. Wie berücksichtigt die Landesregierung die Situation von Frauen im Justizvollzug (zum Beispiel bei der Bereitstellung von Finanzmitteln)?

i) Untersuchungshaft

253. Wie viele Plätze für die Vollziehung der Untersuchungshaft gab beziehungsweise gibt es in Thüringen? Wie viele Untersuchungshäftlinge aus Thüringen sind in anderen Bundesländern untergebracht? Wie haben sich die konkreten Belegungszahlen im Anfragezeitraum verändert?

254. Wie hat sich die (durchschnittliche) Dauer der Untersuchungshaft entwickelt? Welche Unterschiede in der Haftdauer sind, bezogen auf unterschiedliche Deliktgruppen, erkennbar? Wie hat sich hier die Entscheidungs- und Anordnungspraxis der Gerichte entwickelt?

255. Welche Gründe werden für die Veränderungen hinsichtlich der Belegungszahlen und der Haftdauer benannt? Inwiefern spielt die Arbeitssituation an den Gerichten eine Rolle?

256. Wie stellt sich die Haft- und Unterbringungssituation in der Untersuchungshaft dar? Inwiefern ist zum Beispiel Einzelunterbringung gewährleistet?

257. Wie gestalten sich die Kommunikation (zum Beispiel mit Rechtsanwälten), Beschäftigungssituation und Freizeitgestaltung? Gibt es Beschwerden oder Petitionen, die diesen Themenkreis betreffen?

258. Inwiefern wird Personal aus dem Justizvollzug zur Begleitung und Bewachung der Gefangenen zu beziehungsweise während Gerichtsterminen eingesetzt? Welche Auswirkungen hat dies auf die Aufgabenwahrnehmung in den Justizvollzugsanstalten?

259. In wie vielen Fällen und in welcher Höhe wurde im Anfragezeitraum Haftentschädigung beantragt und gewährt? Wie lange dauerte es im Durchschnitt, bis die Betroffenen ihre Entschädigung bekommen haben?

j) Ausländer im Justizvollzug (einschließlich Abschiebungshaft)

260. Wie viele Personen mit (auch) nichtdeutscher Staatsbürgerschaft waren/sind Insassen in Thüringer Justizvollzugsanstalten oder sind aus Thüringen in Einrichtungen anderer Bundesländer untergebracht (bitte nach Nationalität und Einrichtung aufschlüsseln)?

261. Wie haben sich die Betroffenenzahlen im Anfragezeitraum entwickelt? Welche Gründe sind hierfür erkennbar (bitte nach Alter und Vollzugsbereich [auch Abschiebungshaft] getrennt aufschlüsseln)?

262. Wie gestaltet sich die Haft- und Unterbringungssituation von Gefangenen mit (auch) nichtdeutscher Staatsangehörigkeit im Justizvollzug im Vergleich zu solchen mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit?

263. Inwiefern besitzt das Personal in den Justizvollzugsanstalten Fremdsprachenkenntnisse? Für welche Sprachen werden Fortbildungen angeboten und wie viele Bedienstete haben an welchen Fortbildungen teilgenommen?
264. Wie oft und in welcher Justizvollzugsanstalt kommen Videodolmetscher zum Einsatz?
265. Inwiefern hat es Beschwerden beziehungsweise Petitionen von Gefangenen mit (auch) nichtdeutscher Staatsangehörigkeit gegeben?
266. Welche Abschiebungshafteinrichtungen anderer Bundesländer werden durch den Freistaat Thüringen genutzt, wie viele Plätze stehen Thüringen dabei zur Verfügung und welche Kosten entstehen bei der Nutzung von Abschiebehaftplätzen anderer Bundesländer?
267. Wie entwickelten sich die Belegungszahlen von durch Thüringen genutzten Abschiebehaftplätzen in anderen Bundesländern?
268. Stehen in den Abschiebungshafteinrichtungen Familienzimmer zur Verfügung?
269. Wie viele Ausländer wurden im Anfragezeitraum in Vorbereitungshaft, wie viele in Gewahrsam gemäß § 62 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz und wie viele in Sicherungshaft genommen (bitte aufteilen nach Jahren, Geschlecht und Haftdauer)?
270. Wie viele Anträge auf Abschiebungshaft wurden von welchen Ausländerbehörden gestellt und wie viele wurden bewilligt?
271. Wie viele Anträge auf Beendigung beziehungsweise Aussetzung der Abschiebungshaft wurden im Anfragezeitraum gestellt? In wie vielen Fällen wurde die Haft beendet beziehungsweise ausgesetzt?
272. Welche Kosten haben Abschiebungshäftlinge zu tragen und welche Kosten tragen sie tatsächlich?
- k) Weitere Bereiche des Justizvollzugs
273. Wie viele Personen wurden im Anfragezeitraum in Auslieferungshaft genommen?
274. Wie oft wurde im Anfragezeitraum von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ausländische Inhaftierte ohne eine weitere Verbüßung der in Deutschland verhängten Strafe abzuschicken und welche Abwägungsentscheidungen wurden zugrunde gelegt (bitte auch nach Nationalität und nach dem nicht verbüßten Teil der Strafe unterteilen)?
275. In wie vielen Fällen wurde im Anfragezeitraum Ersatzfreiheitsstrafe, Erzwingungshaft und Ordnungshaft angeordnet beziehungsweise vollstreckt (bitte auch aufteilen nach Rechtsgrundlage)?

276. Inwiefern unterscheidet sich die Haft- und Unterbringungssituation in den Bereichen Ersatzhaft, Erzwingungshaft, Ordnungshaft und Abschiebungshaft voneinander beziehungsweise von den übrigen Bereichen des Justizvollzugs?
277. Welche spezifischen Unterstützungsangebote zur Vermeidung der Ersatzhaft bestehen und wie werden diese angenommen?
278. Wie lange ist die durchschnittliche Haftdauer bei Ersatzhaft, Erzwingungshaft, Ordnungshaft und Abschiebungshaft?
279. Wie hoch ist die durchschnittliche Anzahl der Durchgangsgefangenen in Thüringen?
280. Wie viele Plätze stehen in welchen Justizvollzugseinrichtungen für die Sicherungsverwahrung beziehungsweise in den sozialtherapeutischen Abteilungen zur Verfügung? Inwieweit arbeitet das Land hier mit anderen Bundesländern zusammen?
281. Wie hat sich die Belegungssituation in den Bereichen Sicherungsverwahrung und Sozialtherapie im Anfragezeitraum entwickelt? In wie vielen Fällen wurde im Anfragezeitraum Sicherungsverwahrung angeordnet?
282. Welche Belegung wird auf welcher Grundlage für die nächsten 15 Jahre prognostiziert?
283. Wie bewertet die Landesregierung die Kapazitäten in Qualität und Quantität?
284. Wie gestaltet sich die Personalsituation und -struktur in den sozialtherapeutischen Abteilungen, insbesondere im Hinblick auf die Deckung des bestehenden Bedarfs? Gibt es einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch auf der Ebene des Fachpersonals unter den einzelnen Einrichtungen in Thüringen beziehungsweise über Thüringen hinaus?
285. Wie viele Therapien wurden im Anfragezeitraum aus welchen Gründen abgebrochen? Welche Maßnahmen werden bei Abbruch der Therapie (und gegebenenfalls anschließender Entlassung) vorgenommen?
286. Wie viele Beschwerden beziehungsweise Petitionen von Betroffenen beziehungsweise Bediensteten hinsichtlich der Situation in der Sicherungsverwahrung beziehungsweise in den sozialtherapeutischen Abteilungen sind im Anfragezeitraum bekannt geworden (insbesondere hinsichtlich der Unterbringungssituation und der Qualitätsstandards des therapeutischen Angebots)? Wie wurde behördlicherseits darauf reagiert?
287. Welche Unterbringungszahlen werden in den kommenden 15 Jahren im sozialtherapeutischen Bereich auf welcher Grundlage erwartet? Welche Schlussfolgerungen sind nach Ansicht der Landesregierung aus diesen Prognosen zu ziehen?

I) Verwaltungsorganisation/Kosten und Einnahmen

288. Wie stellt beziehungsweise stellte sich die Organisationsstruktur im Bereich des Justizvollzugs dar (auch Ministerialebene)?
289. Welche personellen und organisatorischen Maßnahmen sind im Anfragezeitraum erfolgt? Welche Maßnahmen sind beabsichtigt? Wann sollen diese umgesetzt werden?
290. Wie und gegebenenfalls warum hat sich die Situation der Unternehmen und Eigenbetriebe der Justizvollzugsanstalten, insbesondere hinsichtlich Personalstruktur und Angebot, verändert?
291. Wie entwickelten sich die Auftragslage und die finanzielle Situation hinsichtlich Einnahmen, Ausgaben und Gewinn?
292. Welche Gründe können für Veränderungen benannt werden?
293. Wie entwickelte sich die Kostenstruktur im Bereich Justizvollzug? Welche Gründe können hierfür benannt werden?
294. Welche Kosten fallen dem Land für die Unterbringung von Gefangenen in anderen Bundesländern an (bitte auch nach Bundesland und Tagessatz aufgliedern)?
295. Welche Maßnahmen zur Kostensenkung wurden im Anfragezeitraum mit welchem Ergebnis durchgeführt und welche Maßnahmen sind geplant?
296. Wie entwickelte sich die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und welche Maßnahmen sind bis zum Jahr 2030 geplant?
297. Wie ist der aktuelle Diskussionsstand zu alternativen Vollzugsmethoden und welche Erfahrungswerte gibt es dazu aus Thüringen und aus anderen Bundesländern? Wie bewertet die Landesregierung diese Diskussion?

Für die Fraktion:

Bühl